



Bericht aus Berlin

3 / 2011

Zum Abschluss dieser Sitzungswoche übersende ich Ihnen die dritte Ausgabe meines Berichts aus Berlin.

Viel Freude bei der Lektüre wünscht Ihnen

Ihr

Aus dem Plenum

Regierungserklärung zur aktuellen Lage in Japan

„Die Katastrophe in Japan hat geradezu apokalyptisches Ausmaß“, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel in einer Regierungserklärung zur aktuellen Lage in Japan an diesem Donnerstag im Deutschen Bundestag. „Was immer wir tun können, tun wir“, betonte sie, auch angesichts des 150-jährigen Jubiläums der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Japan. Die Bundeskanzlerin sicherte dem japanischen Volk und der japanischen Regierung nach der dreifachen Katastrophe durch Erdbeben, Tsunami und Reaktorunfall die Hilfe Deutschlands zu.

Die Folgen dieser Katastrophe seien noch überhaupt nicht absehbar. Der Alptraum habe noch kein Ende gefunden, sagte die Kanzlerin. Merkel bat die Deutschen, mit unmittelbarer Hilfe ein Zeichen der Solidarität zu setzen. Damit unterstützte Merkel den Aufruf namhafter deutscher Hilfsorganisationen und des Bundespräsidenten. Bundespräsident Wulff hatte am Mittwoch dafür geworben: „Es ist eine Hilfe unter Freunden.“ Die Ereignisse in Japan seien ein Einschnitt für Europa und für Deutschland. „Wir können und dürfen nicht zur Tagesordnung übergehen“, sagte Merkel. Die Risiken der Kernkraft müssten neu bewertet werden. Die Katastrophe in Japan zeige, dass das scheinbar Unmögliche doch möglich werden könne. „Das verändert die Lage“, sagte die Kanzlerin. Als Ausdruck „äußerster Vorsorge“ habe die Bundesregierung in Zusammenarbeit mit den Aufsichtsbehörden der Bundesländer aufsichtsrechtliche Maßnahmen ergriffen und die sieben ältesten Kraftwerke in Deutschland vorübergehend abgeschaltet. „Es gilt der Grundsatz: Im Zweifel für die Sicherheit.“

Peter Götz, MdB, Bericht aus Berlin 3/2011

Alle Kernkraftwerke werden überprüft, nach einem dreimonatigen Atom-Moratorium werde entschieden, stellte Merkel klar. Für die dreimonatige Betriebseinstellung sieht das Atomgesetz eine einschlägige Rechtsgrundlage vor. Sie wandte sich damit gegen Vorwürfe, juristisch auf unsicherer Grundlage zu handeln. „Ein derartiger Verdacht ist im Atomrecht dann gegeben, wenn sich wegen begründeter Unsicherheiten im Rahmen der Risikoversorge Schadensmöglichkeiten nicht völlig ausschließen lassen“, erläuterte Merkel. Sie will in der Europäischen Union und auf der Ebene der G20-Staaten über einheitliche Sicherheitsstandards für Kernkraftwerke sprechen. „Ich unterstütze die Initiative für einen EU-weiten Stresstest für Kernkraftwerke“, sagte die Kanzlerin. „Wir brauchen in der gesamten EU hohe Sicherheitsstandards.“ Die Regierung wolle so schnell wie möglich das Zeitalter der erneuerbaren Energien erreichen, sagte Merkel. Sie wandte sich dagegen, die Kernkraftwerke in Deutschland abzuschalten, aber dann Strom aus Kernkraftwerken anderer europäischer Länder zu beziehen. „Das ist mit mir nicht zu machen“, stellte sie klar. „Wir brauchen einen Ausstieg mit Augenmaß“, forderte die Kanzlerin. Wer erneuerbare Energien wolle, dürfe jetzt den zügigen Ausbau neuer Stromnetze nicht verweigern, betonte Merkel im Hinblick auf das zögerliche Verhalten von SPD und Grünen beim Thema Netzausbau. Der Vorsitzende der Unionsfraktion Volker Kauder erläuterte, dass bereits vor der japanischen Katastrophe die Regierungskoalition mit dem neuen Energiekonzept den Einstieg in die erneuerbaren Energien geschafft und die Sicherheit der deutschen Kernkraftwerke erhöht habe. Er erinnerte daran, dass unter der rot-grünen Regierungsverantwortung auf

diesem Gebiet Stillstand geherrscht habe. Rot-Grün habe sich den Ausstieg mit Verzicht auf Sicherheit erkaufte, kritisierte Kauder. In der jetzigen Denkpause werde alles noch einmal sorgfältig angeschaut. Dies bedeute aber auch, dass man jetzt am Beginn noch nicht klar sagen könne, was am Ende herauskommen soll. Das wäre nicht die gewünschte Überprüfung, sondern die Fortsetzung der Ideologie, die gerade nicht herauskommen solle, unterstrich Kauder. Das jetzt beschlossene Moratorium sei die Konkretisierung der Aussage „Sicherheit zuerst!“

Entschließungsantrag der Koalition

Unmittelbar nach der Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zur aktuellen Lage in Japan und der sich anschließenden Aussprache stimmte der Deutsche Bundestag mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen einem Entschließungsantrag von CDU/CSU und FDP zu, in dem der Bundestag unter anderem folgendes feststellt: „Die Menschen in Japan sind Opfer einer bislang nicht dagewesenen Naturkatastrophe geworden. Bis zur Stunde sind die Folgen des Erdbebens und des Tsunamis für Leib und Leben der japanischen Bevölkerung und die Schäden an Gebäuden und Infrastruktur kaum zu ermessen. Wir trauern um die Opfer, und unser Mitgefühl gilt den Hinterbliebenen, die jetzt nicht nur den Verlust ihrer Angehörigen beklagen, sondern zugleich mit der gewaltigen Herausforderung konfrontiert sind, die notwendigen Aufräumungs- und Wiederaufbauarbeiten vornehmen zu müssen. Als Partner und Freund Japans ist nun Deutschland in der solidarischen Pflicht, umfassende Unterstützung bei der Bewältigung der akuten Krisenfolgen und beim längerfristigen Wiederaufbau zu leisten.“ Der Deutsche Bundestag begrüßt in seiner Entschließung, dass „die

Bundesregierung unmittelbar Soforthilfe bereitgestellt und weitere Maßnahmen in Aussicht gestellt hat.“ Ausdrücklich wird den vielen zivilen Kräften aus Deutschland gedankt, die bereits im oder auf dem Weg zum Katastrophengebiet sind. Die Bundesregierung wird aufgefordert, zusammen mit den zuständigen internationalen Stellen zügig eine detaillierte Analyse der Vorgänge in den japanischen Kernkraftwerken vorzunehmen und eine umfassende Überprüfung der Sicherheitsbestimmungen für die deutschen Kernkraftwerke durchzuführen. Dazu soll eine unabhängige Expertenkommission beauftragt werden, eine neue Risikoanalyse aller deutschen Kernkraftwerke und kerntechnischen Anlagen unter Einbeziehung der vorliegenden Erkenntnisse über die Ereignisse in Japan – insbesondere auch mit Blick auf die Sicherheit der Kühlsysteme und der externen Infrastruktur – sowie anderer außergewöhnlicher Schadensszenarien vorzunehmen. Außerdem soll die Bundesregierung „unverzüglich internationale Gespräche zur Sicherheit der Kernkraftwerke auf hochrangiger Ebene bei der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) und auf der Ebene der EU“ aufnehmen.

Weitere Informationen: www.cducusu.de

Was Sie schon immer über den Bundestag wissen wollten: Was ist Immunität?

Eine besondere Regel zum Schutz der Arbeitsfähigkeit des Parlamentes. Danach darf gegen einzelne Abgeordnete nur mit Zustimmung des Bundestages ermittelt oder Anklage erhoben werden, es sei denn, der Abgeordnete wird bei Begehung einer Straftat oder am folgenden Tag festgenommen. Die Immunität ist auf die Dauer der Mitgliedschaft im Bundestag begrenzt. Der Bundestag hat bisher nur in wenigen Fällen seine Zustimmung zu Ermittlungen oder Anklagen verweigert. (Quelle: Deutscher Bundestag, Fakten, Der BT auf einen Blick)

Nachrichten

Götz: Rheintalbahn anwohnerfreundlich ausbauen

Am 18.03.2011 befasste sich der Deutsche Bundestag mit dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP „Anwohnerfreundlicher Ausbau der Rheintalbahn“. Hierzu sprach auch Peter Götz, Mitinitiator des Antrages und kommunalpolitischer Sprecher seiner Fraktion. In dem Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, die Planung hinsichtlich der Trassenführung und des Lärmschutzes zwischen Mannheim und Basel im Sinne der Menschen spürbar zu verbessern. So heißt es in dem Antrag: „Um die Akzeptanz für den ökologisch bedeutsamen Verkehrsträger Schiene nicht weiter zu gefährden, ist die Trassenführung so zu gestalten, dass Menschen und Umwelt so wenig wie möglich belastet werden. Wo es trotzdem unumgänglich ist, muss dies möglichst umwelt- und anwohnerfreundlich geschehen.“ Darüber hinaus ist Gegenstand des Antrags die politische Forderung, dass sich die Bundesregierung „für eine baldige Finanzierung der bereits planfestgestellten Abschnitte der Rheintalbahn – wie zum Beispiel den Rastatter Tunnel – einsetzt“, so Götz. Ausdrücklich wird auch die hohe Transparenz des Planungsverfahrens unter öffentlicher Beteiligung gelobt. So heißt es in dem Antrag: „Ein gutes Beispiel für die Einbindung der betroffenen Bevölkerung in die Planungen des Ausbaus ist die Arbeit des Projektbeirats Rheintalbahn. In ihm diskutieren Vertreter der Deutschen Bahn AG, der Bundes- und der Landesregierung, regionale Politiker und Mitglieder der Bürgerinitiativen.“ Diese Form der modernen Bürgerbeteiligung sei sehr zu begrüßen und unbedingt fortzusetzen

CDU-Stadtratsfraktion Baden-Baden zu Gast in Berlin

Auf Einladung von Peter Götz besuchten Mitglieder der CDU-Stadtratsfraktion Baden-Baden mit ihrem Vorsitzenden Armin Schöpflin die Bundeshauptstadt. Zur Reisegruppe gehörten auch Ursula Lazarus, MdL, und Bürgermeister Werner Hirth. Das Programm der viertägigen bildungspolitischen Informationsfahrt an die Spree führte die Teilnehmer gleich mehrfach ins Herz des politischen Berlins. Bei der Besichtigung im Bundeskanzleramt erfuhr die Gruppe u.a. wie und wo die Bundeskanzlerin mit ihren Bundesministern die wöchentlichen Kabinettsitzungen abhält. Ein besonderer Höhepunkt war der Besuch im Bundesministerium der Finanzen. Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble (siehe Foto) ließ es sich nicht nehmen, die Gruppe persönlich zu begrüßen und mit den Teilnehmern zu diskutieren. Im Reichstag verfolgten die Gäste von der Besuchertribüne aus die Plenardebatte zum Ausbau der Rheintalbahn. Des Weiteren standen der Besuch in der Landesvertretung Baden-Württemberg, eine Stadtrundfahrt sowie eine Fahrt nach Potsdam mit Besichtigung von Schloss Sanssouci auf dem Programm.



Einige interessante Daten und Fakten

In Deutschland sind mehr als sieben von zehn Müttern erwerbstätig

Im Jahr 2009 betrug die Erwerbstätigenquote der 25- bis 49-jährigen Mütter mit mindestens einem im Haushalt lebenden Kind unter 25 Jahren 72%. Als erwerbstätig gelten sowohl teil- als auch vollzeitbeschäftigte Frauen sowie diejenigen, die sich zum Erhebungszeitpunkt in Mutterschutz oder Elternzeit befanden. Mit einer Erwerbstätigenquote von 72% liegt Deutschland im EU-Vergleich im Mittelfeld. Deutlich seltener gehen die Mütter in Malta (42%) und Italien (55%) einer Arbeit nach. Die höchste Erwerbstätigkeit verzeichneten Slowenien (86%), Litauen (79%) und die Niederlande (79%). In fast allen EU-Staaten nahm die Erwerbstätigkeit der Frauen mit steigender Kinderzahl ab. So waren im Jahr 2009 in Deutschland 77% der Mütter mit einem Kind und 72% der Mütter mit zwei Kindern berufstätig. Von den Frauen mit drei oder mehreren Kindern gingen lediglich 53% einer Beschäftigung nach. Das Beschäftigungsmuster der Männer zwischen 25 und 54 Jahren verlief ähnlich. So betrug die Quote für Väter mit einem Kind 90,6% mit zwei Kindern 92,8% und mit drei oder mehr Kindern 87%. (Quelle: Statistisches Bundesamt und Europäisches Statistikamt)

Aufschwung setzt sich auch 2011 kraftvoll fort

Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle erwartet für das Jahr 2011 einen Anstieg des Bruttoinlandsproduktes um real 3%. Auch die Beschäftigung wird voraussichtlich weiter steigen. So wird nach Ansicht der Hallenser Wirtschaftsforscher die Zahl der Erwerbstätigen um etwa eine halbe Million zunehmen und die Arbeitslosenquote auf 6,6% sinken. Für das Folgejahr 2012 geht

das Institut von einer Verlangsamung des Aufschwungs aus und prognostiziert eine Steigerung des realen Bruttoinlandsproduktes um 1,9%, die jedoch mit einem weiteren deutlichen Rückgang der Arbeitslosenquote auf 5,8% verbunden sein dürfte. (Quelle: Institut für Wirtschaftsforschung Halle IWH und Kiel Economics)

Weiterhin positiver Trend auf dem Arbeitsmarkt

Die Arbeitslosenzahl ist im Februar gegenüber dem Vormonat um -33.000 auf 3.317.000 zurückgegangen. Saisonbereinigt ergibt sich damit ein Minus von 52.000. Im Vergleich zum Vorjahr waren mit 326.000 weniger Arbeitslose registriert. Auch die Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung haben sich günstig entwickelt und liegen über dem Vorjahresniveau. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes ist die Erwerbstätigenzahl im Januar um 23.000 gestiegen, die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung hat im Dezember um 52.000 zugenommen. Zudem stieg auch die Nachfrage nach Arbeitskräften weiter an. Im Februar nahmen die gemeldeten Arbeitsstellen saisonbereinigt um 15.000 zu; nicht-saisonbereinigt belief sich der Bestand auf 417.000 Stellen, was gegenüber 2010 ein Anstieg von 120.000 ist. Der Stellenindex der Bundesagentur (BA-X), der die saisonbereinigte Entwicklung der Arbeitskräftenachfrage am ersten Arbeitsmarkt abbildet, nahm im Februar um sechs auf 166 Punkte zu und stieg so gegenüber dem Vorjahr um 46 Punkte. Damit überschreitet der aktuelle Stellenindex inzwischen den Höchstwert des letzten Konjunkturzyklus. (Quelle: Bundesagentur für Arbeit und Statistisches Bundesamt)